

Freiheitsstatue soll weg 2  
Bezirksamt: Not welcome

Neuer Stolperstein 3  
Ehrung für Dr. Fritz Ausländer

## Pro Ethik heißt nicht contra Reli

*Reinickendorfer Juso-Vorsitzender Alexander Ewers zum Volksbegehren*

Seit Monaten versuchen die Kirchen sowie die Berliner CDU und FDP als Mitglieder des Aktionsbündnisses „Pro Reli“ durch Plakate mit den Texten „Es geht um die Freiheit. Keine Bevormundung durch den Staat!“ (das erinnert doch stark an den CDU-Wahlkampflogan „Freiheit statt Sozialismus“) und „Besser, wenn man wählen kann“ sowie Briefe an alle Berliner Haushalte den Berlinerinnen und Berlinern weiszumachen, dass ihre Freiheit gefährdet sei, weil es ein Pflichtfach Ethik gibt.

Dies ist eine Diskriminierung und Diskreditierung aller jener Menschen, die das Volksbegehren ablehnen, aber eben nicht die Kirche. Was die Kirchen und CDU und FDP dem Senat vorwerfen, nämlich die Wahlfreiheit abzulehnen und zu behindern, praktizieren sie selbst. Sie wollen junge Menschen dazu zwingen, sich zwischen Religion oder Ethik zu entscheiden. Das heißt, wer sich für den Religionsunterricht entscheidet, kann nicht am Ethikunterricht teilnehmen.

Der Berliner Senat setzt sich aber für die Freiheit ein, Religion **und**

Ethik zu wählen. Pro Ethik heißt eben nicht contra Reli. Die von der Initiative „Pro Reli“ geforderte Toleranz und Verständigung erwarte ich auch von der Jungen Union Reinickendorf, die auf ihrer Homepage gegen den Senat wettet, aber nicht zur Kenntnis nehmen will, dass genau dieser Senat bis zu 90 Prozent der für den Religionsunterricht anfallenden Personalkosten zahlt.

Im Jahr 2007 waren das immerhin 47 255 414 Euro. Es ist unredlich, dem Senat Bevormundung vorzuwerfen, aber die finanziellen Mittel aller Steuerzahler in Anspruch zu nehmen. Wenn die Junge Union Reinickendorf im selben Artikel schreibt, das Zwangsfach Ethik hätte eine enorme Abwertung des Religionsunterrichts zur Folge, der von immer weniger Schülern freiwillig besucht würde, muss man sich doch fragen, ob die Junge Union diese Schüler nun zwingen möchte, den Religionsunterricht zu belegen.

Als bekennender Christ setze ich mich – ebenso wie die SPD – für die Freiheit ein, Religion **und** Ethik zu wählen.

**Das Fach Ethik soll ... die verschiedensten Religionen und Kulturen zusammenführen, allemal in einer multikulturellen Metropole, wie Berlin. „Pro Reli“ will das angestrebte Miteinander wieder spalten und nennt das „Freiheit“. Dafür habe ich politisch keinerlei Verständnis.“**

*Petra Pau, DIE LINKE, MdB*

**In Berlin müssen sich Schülerinnen und Schüler nicht zwischen Ethik und Religion entscheiden, denn sie können beides haben.**

*Stefan Liebich, DIE LINKE, MdA*

**Alexander Ewers**, geboren 1987 in Berlin, absolviert im 3. Semester eine Ausbildung zum staatlich anerkannten Erzieher. Er ist seit 2006 Kreisvorsitzender der Jungsozialisten (Jusos) in Reinickendorf und Mitglied des SPD-Kreisvorstands Reinickendorf.



### Keine Bekenntnisschulen

Unsere Schulen sind Lern- und nicht Bekenntnisschulen. Eine hypothetische Trennung *Schulen für Kenntnis / Religionsunterricht fürs Bekenntnis* ist ... eine ideologische Selbsttäuschung. Es geht nicht um eine solche absolute Trennung, sondern es geht um die Freiheit der Schüler vom Druck zum Bekennen.

*Emil Cauer, Pfarrer im Ruhestand*

Der von den Leitungen der christlichen Kirchen unterstützte Verein Pro Reli wirbt mit dem Begriff der „Wahlfreiheit“ zwischen Religions- und Ethikunterricht.

In Wahrheit strebt dieser Verein einen Wahlpflichtbereich Religion/Ethik an. Damit will er SchülerInnen vor einen Abwahlzwang stellen: Sie müssten sich dann entscheiden, ob sie weiter den bisher gemeinsamen Ethikunterricht oder den Religions- bzw. Weltanschauungsunterricht wählen. Beides zu besuchen, Ethikunterricht und Religions- bzw. Weltanschauungsunterricht, wäre ihnen dann unmöglich gemacht. Pro Reli will damit den Ethikunterricht in den Klassen 7-10 als gemeinsamen Unterricht abschaffen!

*aus: Flugblatt ProEthik 11/08*

Einer neuen Umfrage nach sprechen sich 58 Prozent der Berliner für einen gemeinsamen Ethikunterricht an den allgemeinbildenden Schulen aus. Nach einer von der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft bei Infratest Dimap in Auftrag gegebenen Untersuchung befürworteten nur rund 40 Prozent der Befragten ein Wahlpflichtfach Ethik/Religion. **taz, 19.12.08**

Aufruf der Initiative Pro Ethik für den Erhalt eines gemeinsamen Ethikunterrichts in Berlin, Christen für das gemeinsame Schulfach Ethik unter: [www.proethik.humanistische-union.de/](http://www.proethik.humanistische-union.de/)

# Not welcome, Miss Liberty!

## Bezirksamtsschimmel vs. Freiheitsstatue

Ausgerechnet Herr Balzer, Reinickendorfer CDU-Baustadtrat, bemüht derzeit die sonst von seiner Partei regelmäßig kritisierte Bürokratie aus dem Bezirksamt, um eine kleine Kopie des wohl symbolträchtigsten Ausdrucks bürgerlicher Freiheit, die New Yorker „Miss Liberty“, aus dem Bezirk entfernen zu lassen.

Mit der Freiheitsstatue, gedacht als nur temporärer Blickfang, wollte der Betreiber der Gaststätte „Alte



Die Statue des Anstoßes  
Foto: Martin Vegh

Waldschänke“ an der Karolinenstraße, Gerhard Boltz, anlässlich eines Empfangs zur Amtseinführung des zukünftigen Präsidenten der USA, Barack Obama, auf die Deutsch-Amerikanische Verbundenheit hinweisen.

Zunächst vom Bauamt als „denkmaluntauglich“ bewertet, sei eigentlich gegen eben diese nichts einzuwenden - es fehle aber, so die Sicht Balzers, die korrekte Beantragung der Aufstellung durch Boltz im

Vorfeld. Die „Waldschänke“ stehe unter Denkmalschutz - und die Statue dieser zu nahe. Na, da wieherts doch.

Lässt hier nur Schilda grüßen, oder ist da nur jemand ohne Wissen und ohne Absegnung seitens der selbsternannten Reinickendorfer-Partei aktiv geworden? Fühlt sich der politische Schutzpatron für das, ihm geneigte, Unternehmertum im Bezirk übergangen?

Wie heißt es doch sonst aus der BVV, zumindest wenn um die CDU-Bezirksbürgermeisterin geht: Mutige Fehler könnten auch zu Erfolgen führen. Es scheint, dies gilt nicht für alle Reinickendorfer - angesichts einer 500 000 Euro (!) Strafandrohung seitens des Bezirksamtes.

Vielleicht beantragt ja Herr Boltz bei Stadtrat Balzer, dass die Statue zukünftig vor dem Rathaus ihren Platz fände, natürlich denkmalgerecht - und damit der mit ihr verbundene Geist bürgerlicher Freiheit auch in dessen Hause Einzug halten könne - natürlich fristgerecht.

H. Jusch

## Bezirksamt = CDU?

Im Frühjahr soll nun die Umgestaltung der Greenwichpromenade beginnen. Ende der öffentlichen Debatte um die von der CDU favorisierte Seebrücke? Es scheint so.

Statt des von der LINKEN vorgeschlagenen Ideenwettbewerbs und der von der SPD vorgeschlagenen Einbeziehung der Anwohner durch das

Bezirksamt gab es im Oktober eine Info-Veranstaltung der CDU (!?). Und weiter? „Nach der Überarbeitung der Baupläne durch die Reinickendorfer Bauabteilung wird die CDU Tegel im Frühjahr 2009 eine weitere Veranstaltung ... anbieten. Hier können dann weitere Fragen ... der Gestaltung geklärt werden.“ Sollte nicht das Bezirksamt endlich sein „Verhältnis“ mit der CDU klären? J.S.

## WiR dokumentiert

### „Na, endlich.“

Als letzter Bezirk in Berlin hat sich Reinickendorf am 8. Januar 2009 mit einem neuen Internetangebot unter das Dach der offiziellen Landesseiten von *berlin.de* gestellt.

Der stellvertretende Bezirksvorsitzende der Reinickendorfer LINKEN, Dr. Klaus Gloede, begrüßte in einer Presseerklärung diesen längst fälligen Schritt.

„Wie so oft hat Bezirksbürgermeisterin Wanjura in den vergangenen Jahren vor lauter Selbstlob den Zug verpasst, so dass Reinickendorf sich in Berlin 'ganz hinten' statt 'ganz oben' wieder fand - zum Schaden seiner Bürger, die die neu geschaffenen Möglichkeiten sicher

gern nutzen werden. Nicht zuletzt trägt dies den gestiegenen Erwartungen hinsichtlich demokratischer und politischer Teilhabe der Wählerinnen und Wähler auch in unserem Bezirk Rechnung.“

Die PDS und die LINKE hätten sich insbesondere für mehr Bürgerfreundlichkeit der BVV im Internet eingesetzt. Da seien zeitweilig nicht einmal Minimalbedingungen erfüllt worden. Es sei deshalb zu hoffen, so Dr. Gloede, dass die ersten Schritte nunmehr konsequent ausgebaut würden und die Besucher im Bürgerinformationssystem u. a. Einblick in Drucksachen und Protokolle der BVV erhielten, wie das auf den Homepages aller anderen Bezirke längst gang und gäbe sei.

## BVV-Splitter

25. Sitzung, 10.12.2008

Als Überbleibsel aus der 23. Sitzung behandelte die BVV die Große Anfrage der CDU-Fraktion „**Borsighafen in Tegel eine Erfolgsgeschichte – Arbeitsplätze für viele Reinickendorfer Arbeitnehmer**“ (Drs.-Nr.: 0620/XVIII). In ihrer Antwort nannte Bürgermeisterin Wanjura eindrucksvolle Zahlen: 4,2 Mio. Euro Fördergelder durch Bund und Land; erwarteter Umsatz: 160 bis 200 Mio. Euro; 1.400 Arbeitsplätze gesichert; 18 bis 20 Mio Euro an Körperschafts- und Gewerbesteuer für das Land Berlin. Die Baumaßnahmen würden im Dezember 2008/Januar 2009 abgeschlossen werden. Dr. Potrafke (CDU) sah darin eine Erfolgsgeschichte, die „durch geschicktes Handeln der politischen Entscheidungsträger“ allein seiner Partei erreicht worden sei.

Frau Burk bekräftigte für die SPD die Unterstützung für das Projekt, erinnerte aber auch an die dilettantische Vorbereitung durch das Bezirksamt, an die Widersprüche im Bezirksamt selbst, an die Kritik des Landesrechnungshofes, an die Kostensteigerung u.a.m., was die BVV mehr als ein Jahr beschäftigt hatte. Frau Petters (B90/Grüne) verwies darauf, noch immer sei der Förderbescheid nur ein vorläufiger; bei Widerruf könnten Strafen durch die EU drohen. Herr Schmidt (FDP) behauptete, der Senat habe die Bedeutung des Borsighafens nicht erkannt. Dies allerdings wider besseres Wissen, denn Wirtschaftssenator Wolf (LINKE) war seit Mitte 2006 an der Reaktivierung des Borsighafens beteiligt (s. dazu „WiR“ 12/08). Frau Wanjura, so Schmidt, habe sich der Sache angenommen, dabei Fehler gemacht; aber „mutige Fehler“ könnten zu Erfolgen führen.

Ende gut - alles gut? Für den Bezirk kein Schaden, alles nur ein Kavaliersdelikt? Heiligt der Zweck doch die Mittel? Alles nur eine Frage des Standpunktes? Oder spielt zur Bewertung der Vorgänge doch die Offenlegung aller Informationen eine unverzichtbare Rolle?

Eine notwendige Ergänzung: Die Senatskanzlei hat Bürgermeisterin Wanjura in einem Disziplinarverfahren wegen haushaltsrechtlicher Verstöße einen Verweis erteilt und, laut Berliner Morgenpost vom 24. Dezember 2008, ein Bußgeld in Höhe von 1.200 Euro verhängt.

Klaus Gloede

Mehr Infos zu kommunalen Themen und der BVV unter: [www.die.linke.reinickendorf.de/kommunales/](http://www.die.linke.reinickendorf.de/kommunales/)

# Ehrung für Reinickendorfer Antifaschisten

## Stolperstein für Dr. Fritz Ausländer

Die Ortsgruppe der VVN-BdA Reinickendorf und der Bezirksvorstand der Reinickendorfer LINKEN haben beschlossen, die Patenschaft über einen Stolperstein für den Reinickendorfer Antifaschisten Dr. Fritz Ausländer zu übernehmen. Der Politiker hatte zuletzt im Erholungsweg 14 in Tegel gewohnt. Die VVN-BdA und DIE LINKE beteiligen sich in allen Bezirken an einer Aktion des Vereins Aktives Museum. Unter dem Motto „Vor die Tür gesetzt“ wird der im Nationalsozialismus zwischen 1933 – 1945 verfolgten Berliner Stadtverordneten und Magistratsmitglieder gedacht. „Wir“ sprach mit dem Sprecher der Reinickendorfer VVN-BdA, Karl-Heinz Joseph, über die Motive für diese Entscheidung.

Der gebürtige Reinickendorfer, als junger Mensch selbst im KZ Sachsenhausen inhaftiert, erinnerte daran, dass die VVN-BdA ein überparteilicher Zusammenschluss von Verfolgten des Naziregimes, Widerstandskämpfern und Antifaschisten aller Generationen ist. Leitmotiv der VVN-BdA ist bis heute der Schwur der befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald vom 19. April 1945: **„Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel“.**

Der Künstler Gunter Demnig hat mit 15 000 Stolpersteinen in den vergangenen acht Jahren Schicksale von Opfern der NS-Diktatur, darunter auch in unserem Bezirk, dem Vergessen entrissen. „Stolpern, heißt darauf stoßen“, sagt er. Das deckt sich voll mit den Zielen der VVN-BdA. Wir Reinickendorfer setzen uns für weitere Stolpersteine, so für den Frohnauer Widerstandskämpfer Karl Neuhof ein.

Die VVN-BdA engagiert sich gemeinsam mit den Falken, der Antifaschistischen Initiative Reinickendorf (A.I.R.), den Jusos, der LINKEN und der Linksjugend [solid], mit B90/Grüne und ver.di am „Runden Tisch gegen Rechts“. Es wird nicht überraschen, dass wir uns für das Verbot der NPD einsetzen. Als „Runder Tisch“ haben wir kürzlich mit dem Inhaber des Sammlerladens in der Brunowstraße diskutiert und ihn aufgefordert, Nazi-Symbole aus seinem Angebot zu nehmen. (In der Dezembersitzung der BVV informierte der zuständige Stadtrat, dass der polizeiliche Staatsschutz sich der Sache angenommen hat.)

Die Reinickendorfer VVN-BdA trifft sich jeden dritten Donnerstag im Monat, 15.00 Uhr im „Roten Laden“ in der Schloßstr. 22.

Am 27. Januar, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, wollen wir Blumen am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus am Falkplatz in Konradshöhe niederlegen. A.B.



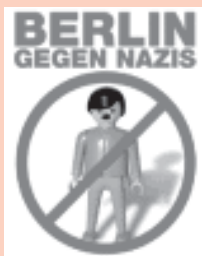
### Wer war Dr. Fritz Ausländer?

Geboren am 24. November 1885 in Königsberg; von 1920 bis 1933 Studienrat, Gymnasiallehrer; Mitglied der SPD, enge Freundschaft mit Karl Liebknecht; ab 1918 Mitglied der KPD und von 1926 bis 1928 des Berliner Magistrats (unbesoldeter Stadtrat); von 1928 bis 1932 im Preussischen Landtag, als „Versöhler“ politisch kaltgestellt und Austritt aus der KPD; in der Nacht nach dem Reichstagsbrand 1933 verhaftet und bis Juni 1935 im Zuchthaus Sonnenburg, KZ Esterwegen u.a. inhaftiert; mit Kriegsbeginn 1939 erneut verhaftet; bis Weihnachten 1939 im KZ Sachsenhausen; am 21. Mai 1943 Selbstmord in Berlin.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, VVN - BdA, [www.vvn-bda.de](http://www.vvn-bda.de)



**Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus - Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz**



Konferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE. und der Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus von Berlin. Am 24. und 25. Januar im Abgeordnetenhaus Berlin, Niederkirchnerstr. 5

## Armutszuzeugnis für die BVV

Die Reinickendorfer BVV hat in ihrer Sitzung im Dezember 2008 den vor einem Jahr gestellten Antrag der SPD „Rechtsextremistische Aktivitäten in Reinickendorf früher erkennen“ erneut in einen Ausschuss überwiesen. Der Antrag ersucht das Bezirksamt, „der BVV regelmäßig, mindestens jedoch alle sechs Monate, einen Bericht über die dem Bezirksamt bekannt gewordenen rechtsextremistischen Aktivitäten in Reinickendorf zu erstatten. Dieser Bericht soll ... ggf. neue Aktivitäten rechtsextremistisch/rechtsradikaler Organisationen enthalten.“

„Die BVV braucht ein Jahr, um in einer solch wichtigen politischen Frage eine Entscheidung zu treffen. Das ist ein Armutszuzeugnis für die demokratischen Parteien in der BVV“, erklärte der Sprecher der Linksjugend [solid] Reinickendorf, Th.-David Lühmann. „Man könnte ja den Eindruck bekommen, eine solcher Beschluss sei von einer BVV-Mehrheit nicht gewollt.“

Er ist sich sicher: Der „Runde Tisch gegen Rechts“, an dem er die Reinickendorfer LINKE vertritt, werde weiterhin seinen Beitrag leisten, die rechtsextremistischen Aktivitäten in unserem Bezirk ans Licht zu bringen und die Öffentlichkeit dagegen zu sensibilisieren.



Chronik rechter Vorfälle in Reinickendorf in 2008

[www.air.antifa.de/Chronik\\_08.html](http://www.air.antifa.de/Chronik_08.html)



# „Sozial ist diese Marktwirtschaft nicht mehr“

Zu Gast im Roten Laden: **Ottmar Schreiner, MdB**

**„Die Gerechtigkeitslücke. Wie die Politik die Gesellschaft spaltet.“** Erschienen beim Propyläen Verlag im Herbst 2008.

Bei der Vorstellung seines Buches bekannte Ottmar Schreiner, eine „geballte Portion moralischer Entrüstung“ über eine „unanständige“

Politik habe ihn dazu gebracht, „zur Feder zu greifen“. Er nennt Fakten und Zahlen, rechnet mit der neoliberalen Politik ab, verschont dabei seine Partei - er ist Mitglied des Parteivorstandes des SPD - nicht. Seine Sorge: „Der soziale Zusammenhalt zerbröselt, ganz oben beherrscht eine hemmungslose Raffgier die Szene, in der Mitte wächst die Sorge vor dem Abstieg, und ganz

unten versucht man, irgendwie doch noch über die Runden zu kommen. Bei wie viel Ungerechtigkeit hört der soziale Frieden auf?“

Der sozialen Erosion folgt eine politische Erosion. Die Politik - so Schreiner - trägt ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung für die gesellschaftlichen Spaltungen - die Gerechtigkeitslücke wird immer größer. Der Abbau des Sozialstaates gefährdet die demokratischen Fundamente der Bundesrepublik.

Alternativen? Schrei-

ner schlägt einen „Pakt für soziale Gerechtigkeit“ mit zwei Säulen – guter Bildung für alle und mehr Verteilungsgerechtigkeit – vor. Er sieht Hoffnungen: „Die SPD hat ... seit 2005 zögerlich begonnen, sich auf ihre Werte zurück zu besinnen. Ob sie ihre Resozialdemokratisierung ernst meint, wird sich noch zeigen.“

Schreiner will in der SPD bleiben: Würden Mitglieder des linken Flügels der SPD, zu dem er sich als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) zählt, zur Linkspartei wechseln, triebe dies die Entsozialdemokratisierung der deutschen Sozialdemokratie weiter voran, was keinesfalls in seinem Interesse liege.

Eine Annäherung zur Linkspartei würde er dennoch begrüßen. „Ich glaube nicht, dass die SPD den Widerspruch zwischen Kooperationen auf regionaler Ebene und keiner Kooperation im Bund auf Dauer halten kann.“

Im bevorstehenden Bundestagswahlkampf werden die politischen Kräfte daran gemessen werden, welche Antworten sie darauf geben, die Gerechtigkeitslücke zu schließen.

Ottmar Schreiner liest am **10. Februar 2009 um 19.00 Uhr im „Roten Laden“** in der Schloßstr. 22 im Rahmen der **„Tegeler Dialoge zur Demokratie“** der „Helle Panke e.V.“ aus seinem Buch.

Dr. Klaus Gloede

## Am Rande Die Crux mit der Philosophie

Dr. Frank Steffel, der Reinickendorfer CDU-Kreisvorsitzende, hat eine neue Lücke in der sozialen Marktwirtschaft ausgemacht - siehe sein Vorwort zum CDU-Mitgliederrundbrief Januar-März 2009. Nein, nicht die sträflich vernachlässigten staatlichen Aufgaben in Schulbildung, im Hochschul- und Gesundheitswesen oder im Sozialbereich. Die Mitte sei betroffen, die sei der Verlierer in der Debatte, die sich immer mehr auf die „sozialen Extreme“ reduziere, auf „Mindestlohn und Reichensteuer, auf Hartz IV und Managergehälter“, was die Mitte bestenfalls philosophisch interessiere.

Dr. Steffel unterstützt sehr das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, das die CDU jüngst parteitagsamtlich abgelegt hat, als eine wahlentscheidende Strategie. Und er verlangt gleich die Nagelprobe darauf. „Geben Sie Leistungsgerechtigkeit, Madame“ - natürlich für die Mitte, die „auch bewusst den Mittelstand umschließt“.

Aber da kommt doch die Philosophie. In Kürzestdefinition ist das die Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang. Und die impliziert, wenn jemand überbelastet ist, dann muss ein anderer unterbelastet sein.

Wie machen wir das also mit der Leistungsgerechtigkeit? Steuerentlastung für den Mittelstand und weitere Kürzung der staatlichen Leistungen? Wo bleibt dann die soziale Marktwirtschaft?

Oder, indem die ganz großen Unternehmen und Vermögen und gar die Spekulationsgewinner angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt und andere dadurch entlastet werden?

Diese Frage schließt Dr. Steffel als höchstens philosophisch interessant aus. Es ist schon ein Kreuz ohne Philosophie. **Jochen Eser**

## Termine

Am **28. Januar**, 18.00 Uhr, offene **Mitgliederversammlung der LINKEN Reinickendorf** im Roten Laden. Diskutiert werden die **„Aufgaben der Linken Reinickendorf für 2009“**. Gewählt wird der/die **Direktkandidat/in der LINKEN** für den Bundestagswahlkreis 78 (Reinickendorf).



„Helle Panke“ zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur,  
**Helle Panke**  
www.helle-panke.de

**Impressum**  
Herausgegeben vom Landesvorstand Berlin der Partei DIE LINKE., V.i.S.d.P.: Yusuf Dogan

**Wir in Reinickendorf** wird vom Bezirksverband finanziert.

**Spenden** sind ausdrücklich erwünscht: DIE LINKE, Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

### Hier finden Sie uns:



### Roter Laden

Schloßstraße 22  
13507 Berlin-Tegel  
Öffnungszeiten:  
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr  
Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr  
Tel.: 4373 2630  
Fax: 4373 2632  
e-mail:  
redaktion@die-linke-reinickendorf.de